

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 34 (1993)  
**Heft:** 20

**Artikel:** Begründete Euro-Skepsis  
**Autor:** Futterknecht, Willy  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1092789>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Begründete Euro-Skepsis

In «zeitbild» 18/93 erschien ein Artikel von Michael Brückner zur verbreiteten Euro-Skepsis. Der Verfasser, Redaktor eines EG-Jubelmagazins, kam nicht darum herum, einleitend so viele negative Faktoren zum EG-Geschehen einzugestehen, dass durch sie die Euro-Skepsis hinreichend begründet ist. Trotzdem versucht er anschliessend, die von den EG-Kritikern gegen die Brüsseler Organisation ins Feld geführten «Argumente unter die Lupe» zu nehmen.

Die EG-Gegner (die oft keine Europa-Gegner sind!) konzentrierten «ihre Kritik lediglich auf bestimmte Fehlentwicklungen». Der «EG-Verteidiger» übersieht, dass die EG, wie sie sich heute präsentiert, als Ganzes eine Fehlentwicklung darstellt. Die vom Artikelurheber aufgeführten Scheinargumente können daher nur als Beschönigungsversuche qualifiziert werden.

1. Die Kritik an der europäischen Bürokratie sei wohlfeil, weil jede deutsche Grossstadt mehr Mitarbeiter im öffentlichen Dienst beschäftige als die Brüsseler Kommission. Herr Brückner vergleicht Unvergleichbares. Die Städte (auch Gemeinden, Kantone, Bund) beschäftigen fast ausschliesslich Verwaltungsbeamte zur Gewährleistung des zitierten «öffentlichen Dienstes» (Ämter für Wohnungswesen, Sozialversicherungen, Erziehung und Bildung, Steuerwesen, Energiewirtschaft, Verkehr, Justiz usw.). Die Brüsseler Eurokraten dagegen beschäftigen sich, abgesehen vom dortigen Sprachen-Babylon, exklusiv mit der eigenmächtigen Schaffung von Verordnungen, Vorschriften und Normen mit EG-weitem Unterwerfungszwang für die EG-Bürgerinnen und -Bürger. Die EG unterhält kein Arbeitsamt, um den über 18 Millionen Arbeitslosen beizustehen. Kein Eurokrat beschäftigt sich mit der Abwicklung von finanziellen Hilfen an die Millionen bedauernswerter Stellenlosen. Kein Eurokrat hat in einem Sozialamt die über 52 Millionen unter der Armutsgrenze lebenden EG-Menschen zu betreuen.

2. Es fehle politischer Druck zur Überwindung des EG-Demokratiedefizits, weil nur jeder zweite EG-Bürger sich an

den Europawahlen für das EG-Parlament beteilige. Den EG-Bürgerinnen und -Bürgern ist kaum zuzumuten, besonderes Interesse für eine Institution zu zeigen, die den EG-Gebietern bewusst nur als Scheinparlament und Aushängeschild zu dienen hat.

3. Gerade auch kleine Mitgliedstaaten hätten in der EG Einfluss. So habe Dänemark den Maastrichter Zug für ein Jahr zum Stillstand gebracht und Brüssel gezwungen, über Föderalismus und Subsidiarität nachzudenken. Föderalismus und Subsidiarität sind in Brüssel nur Worthülsen, um bei Bedarf die fragenden Bürger zu beruhigen. Wegen des dänischen Neins sind die erwähnten Demokratievorsetzungen keinen Deut weiter vorangekommen. Da der Vertrag von Maastricht nur bei Einstimmigkeit aller zwölf EG-Staaten Gültigkeit erlangen kann, mussten die verbleibenden elf die Zustimmung Dänemarks mit «Ausnahmen» erkaufen, die ausgeprägt völkerrechtswidrig sind und eine juristische Pervertierung des Begriffs der Einstimmigkeit darstellen.

Luxemburg wehrt sich nicht gegen EG-Normen, sondern nur gegen die Forderung Deutschlands nach Besteuerung von Kapitalerträgen. Deutsche Bürger verlagern nämlich immer mehr Kapitalien ins Ausland aus Angst vor dem angedrohten Ecu-Geld als zweifelhaftem Ersatz für die D-Mark.

4. Die EG benötige eine gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Westeuropäischen Union (WEU), weil sich die KSZE im Siechtum befinde (sic!), es der NATO an Anpassungsfähigkeit mangle und sich die Europäer nicht länger auf den Schutz durch die USA verlassen könnten. Sind es nicht die USA, die sich nach dem totalen Versagen der EG jetzt im ehemaligen Jugoslawien für die Wiederherstellung von Frieden bemühen sollen, während EG-Deutschland nicht einen einzigen Mann über die Grenzen senden will? Wie soll diese seltsame, 1954 gegründete Pro-forma-Organisation WEU, die zwar in Paris eine parlamentarische Versammlung und in London ein Sekretariat hat, aber weder über eine Doktrin noch über Soldaten verfügt, ins EG-Gefüge eingepasst werden?

Die EG, wie sie sich heute präsentiert, stellt als Ganzes eine Fehlentwicklung dar.

Die Brüsseler Eurokraten beschäftigen sich exklusiv mit der eigenmächtigen Schaffung von Verordnungen, Vorschriften und Normen mit EG-weitem Unterwerfungszwang für die EG-Bürgerinnen und -Bürger.

Ist die heutige EG nicht ebensosehr Folge einer «Ideologie» aus politischer Macht-sucht?

5. Herr Brückner bestätigt selbst, dass sich die Staats- und Regierungschefs beim Vertrag von Maastricht bezüglich der Wirtschafts- und Währungsunion allein vom politischen Wunsch und nicht von wirtschaftlichen Erwägungen haben leiten lassen. Er irrt sich aber in der Behauptung, dass dieser Vertrag eine Währungsunion zum Beispiel auch ab dem Jahr 2010 zulasse. 1999 ist als letzter Termin festgelegt.

6. Die EG ebne die regionalen Besonderheiten und Charakteristika nicht ein, was sich nicht zuletzt in den Sprachen widerspiegle. Wie verträgt sich diese Behauptung mit der Versicherung Jacques Delors, dass in wenigen Jahren 80 Prozent aller Regelungen, die das wirtschaftliche und soziale Leben der 335 Millionen EG-Bürger bestimmen, nicht mehr in den nationalen Hauptstädten, sondern in Brüssel initiiert und entschieden würden?

7. Es sei absurd, die Idee von den Vereinigten Staaten von Europa (wir haben es aber nur mit der EG, einer Konstruktion von 12 der 51 europäischen Staaten, zu tun!) mit der früheren Sowjetunion oder dem ehemaligen Jugoslawien zu vergleichen, welche «von einem eisernen Band der Ideologie zusammengepresst» gewesen wären und sich nicht wie die EG «evolutionär entwickelt» hätten. Ist die heutige EG nicht ebensosehr Folge einer «Ideologie» aus politischer Macht-sucht? Warum befragt Kanzler Kohl sein Volk nicht, ob ihm der Maastricht-Vertrag zusage, oder warum verweigert der britische Premier Major seinen Mitbürgern, sich zum gleichen Problem zu äussern? Weil eben nichts «evolutionär» geschieht, sondern mit «eisernem Band» erzwungen werden soll – gegen den Volkswillen! Und was unterscheidet die EG von den zentralistischen, bürokratischen und supranationalen Grossreichsgebilden, die im Osten zusammen- und auseinandergebrochen sind? Auch dort gab es ein Scheinparlament, wie heute in Strassburg, ein Zentralkomitee, mit der EG-Kommission vergleichbar, und ein 39köpfiges Präsidium, dem EG-Gipfel der zwölf Staats- und Regierungschefs entsprechend, und viele Völker, welche nur zu gehorchen hatten, wie heute die EG-Bürger.

Dr. Willy Futterknecht, Luzern